

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. * Redaktionsschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Kriegsziele

Deutschland hat den Krieg nicht gewollt, er ist ihm von seinen Feinden aufgezwungen worden. Ebenfalls hat es sich von Angriffsabsichten leiten lassen, obwohl die Gelegenheit dazu verschiedentlich sehr günstig war. Das war z. B. während des Burenkriegs und während des Russisch-japanischen Kriegs der Fall. Damals hätte Deutschland seine heutigen Feinde mühelos über den Haufen rennen können, obwohl doch schon zu jener Zeit deren Feindschaft und die sich in zukünftigen Umriszen gegen uns abhob. Durch 41 Jahre sind wir dieser Friedensstradition treu geblieben, allen Hemmungen und Unfreundlichkeiten zum Trotz. Nachdem wir das Resultat unseres friedlichen Verhaltens heute in seiner furchtbaren Gestalt vor uns sehen, mag es viele geben, die es unserer Regierung verdenken, nicht die genannten günstigen Gelegenheiten zur Sicherstellung des Reiches gegen seine Feinde ausgenutzt zu haben und damit zugleich die Bahn für die weitere wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung Deutschlands frei zu machen.

Leider waren unsere innerpolitischen Verhältnisse so geartet, daß die Regierung kaum wagen konnte, das zu tun, was die Kunst des Augenblicks gebieterisch gefordert hätte. Wir mußten zusehen, wie unsere heutigen Feinde ihre Machtmittel steigerten zu dem ausschließlichen Zweck, damit eines Tages über uns herzufallen und uns zu vernichten. Es wurde noch nicht einmal der Termin verschwiegen, wann dieses eintreten sollte. Deutschland hat sein möglichstes getan, um jeder Eventualität gewachsen zu sein. Ob es in einigen Jahren noch der Fall gewesen wäre, vermag man heute nicht zu beantworten. Wer aber die heutige russische Machtstellung würdigt und dazu in Rechnung stellt, daß Rußland im Frühjahr 1916 ein aktives Heer von 2 100 000 Menschen unter Waffen hatte, dazu bis dahin seine im Bau befindlichen und vorgeesehenen strategischen Bahnen vollenden konnte, auch seine Flotte vergrößerte bis zu diesem Termin kolossal vergrößert hätte, der kann ermeslen, um wieviel es uns noch schwerer geworden wäre, uns dieser Feinde zu erwehren und sie niederzuringen. Die Pistole in der Hand mitleideter junger Menschen und politischer Fanatiker hat den Krieg früher ausbrechen lassen. Der Mord des österreichischen Thronfolgerpaars, der sich am 28. Juni geahrt hat, war letzten Endes, wenn auch nur in einem bestimmten Abschnitt, ein Ausfluß jener Vernichtungspläne, die gegen die beiden Zentralmächte gerichtet waren. Wenn Oesterreich Genugtuung und Sicherheit gegen weitere Verbrechen abtugten von Serbien forderte, so war das sein gutes Recht. Rußland sprang sofort seinem Schützling und Vasall Serbien bei, Frankreich und England wiederum den Russen. Sie hielten sich jetzt schon für stark genug, um den beiden Zentralmächten den Garau zu machen.

Deutschland hat sich von seinen Eroberungsplänen beherrschen und treiben lassen. Hätten derartige Absichten bestanden, die Gelegenheit, sie auszuführen, wäre, wie wir schon oben anführten, verschiedentlich dagewesen. An eine Erweiterung der deutschen Grenzen in Europa hat niemand ernstlich gedacht, trotz ihrer sehr ungünstigen Linien. Was wir wollten, war Freiheit in der Welt für unseren Handel, die offene Tür in allen Ländern und überseeische koloniale Betätigung. Deutsche Talente getraute sich zu, im freien Wettbewerb der Kräfte jene Position zu erringen, die ihrer Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit entsprach. Die koloniale Betätigung wurde ausschließlich unter dem Gesichtspunkt wirtschaftlicher Absichten, der Rohmaterialienbeschaffung usw. angestrebt.

Unsere heutigen Feinde sind seit Jahren uns in diesen friedlichen wirtschaftlichen Bestrebungen mehr oder weniger scharf gegenüber getreten. Vor allem war es England, das uns überall hindernd in den Weg trat. Als der Krieg ausgebrochen war, börgerten sie auch nicht, ihre letzten Kriegsziele offenbar werden zu lassen. Sie teilten Deutschland im voraus auf und versprachen den neutralen Mächten für den Fall ihres Eingreifens gegen die beiden

Zentralstaaten sowohl große Teile Deutschlands wie auch Oesterreichs. Diese Dinge sind so bekannt, daß wir Einzelheiten nicht anzuführen brauchen. All dieses hatte nur den Nachteil, daß unsere Feinde das Zell des Waren früher verteilten, als sie ihn erlegt hatten. Und heute sind ihre Absichten trüber denn je. Die Russen erleiden Niederlage auf Niederlage, Vemberg und fast ganz Galizien ist ihnen entzogen, die Franzosen und Engländer rennen sich nach wie vor die Köpfe an unserer Westgrenze ein, von dem Eingreifen der Italiener merkt man fast überhaupt nichts. Die Dardanellenaktion ist ein Schlag ins Wasser, das Spiel mit den neutralen Mächten, sie zu Ungunsten Deutschlands und Oesterreichs in den Krieg zu drängen, wird immer ausichtsloser.

Angesichts der heutigen Gesamtsituation drängt nun immer mehr die öffentliche Meinung in Deutschland dahin, zu wissen, welches denn nun eigentlich die Kriegsziele Deutschlands seien. Bei Ausbruch des Krieges hat unsere Regierung laut verkündet, daß sie sich von Annexionspolitik nicht leiten lasse. Heute ist die Frage aber nun die: Sollen wir die von uns besetzten Gebiete, die mit deutschem Blute tausendfach getränkt sind, restlos wieder preisgeben? Und zwar preisgeben, um nur ja keine Verstimmung bei unseren geehrten Feinden, die fast die ganze Welt zu unserer Vernichtung aufbieten, die Regier, Indier und andere halb und ganz wilde Völker gegen unsere Brüder ins Feld führen, aufkommen zu lassen, und um schneller wieder mit ihnen in ein friedlich-freundschaftliches Verhältnis zu kommen? Um keine „fremden“ Völker gegen ihren Willen unter die deutsche Herrschaft zu bringen, damit, wie manche behaupten, nicht die Wurzel zu neuen Kriegen gelegt wird? Auch aus innerpolitischen Gründen nicht, weil die eine oder andere Partei oder Anhänger derselben keine Annexion fremder Gebiete wollen? Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei hat ja soeben in einem Rufus feierlich den „schärfsten Protest gegen alle Bestrebungen und Kundgebungen zugunsten der Annexion fremder Landesteile und der Vergewaltigung anderer Völker“ erhoben. Ob dies die Ueberzeugung der breiten Masse der sozialdemokratischen Anhänger ist, wissen wir nicht, bezweifeln es aber sehr, sehr stark.

Am 24. Mai hat der Reichskanzler im deutschen Reichstag unter stürmischem Beifall erklärt, daß deutsche Volk müsse ausharren, „bis wir uns alle nur möglichen realen Garantien und Sicherheiten dafür geschaffen und erkämpft haben, daß keiner unserer Feinde, nicht vereinzelt, nicht vereint, wieder einen Waffengang wagen wird.“ Er fügte hinzu: „Je wilder die Wogen der Sturm umtobt, um so fester müssen wir unser eigenes Haus bauen.“ Welchem überzeugten Deutschen waren diese Worte nicht aus der Seele gesprochen? Haben wir uns überfallen lassen, um, nachdem das Kriegsglück uns hold war, unsere ungünstigen Landesgrenzen unverändert zu lassen, damit unsere Feinde in absehbarer Zeit unter den gleichen Voraussetzungen das nämliche Spiel von heute wieder versuchen könnten? Sollen wir ihre bisherige Kraft unangestastet lassen, damit sie ihre Rüstungen vervollkommen können um nachher mit uns so größerer Aussicht auf Erfolg uns wieder in ein Meer von Blut stürzen zu können? Diese Fragen stellen, heißt sie beantworten. Soweit kann unsere Gutmütigkeit nicht gehen. Gerade um des Friedens willen. Wir haben gesehen, wie uns unsere Friedfertigkeit gelohnt worden ist, daher müssen jene Garantien verwirklicht werden, die der Reichskanzler forderte. Die Forderungen des sozialdemokratischen Parteivorstandes dürfen daher keinen Widerhall im deutschen Volke finden. Sie sind zu debakern, weil sie als Schwäche gedeutet werden können, was den Krieg nur wieder hinausziehen und uns das kostbare Leben von Tausenden unserer Brüder kosten kann. Wer wollte nicht den Frieden, wir glauben, daß keiner unter uns ist, der ihn nicht wollte. Aber nicht wir haben um Frieden zu bitten, sondern diejenigen, die zu unserer Vernichtung auszogen, und die nun unsere starke Hand spüren. Sie werden um so eher dazu bereit sein, je stärker unsere Einigkeit in Entscheidung tritt und je unerträglich

unser Wille sich zeigt, durchzuhalten, bis unsere Feinde am Boden liegen!

Es muß aber auch der Weg freigemacht werden für unsere wirtschaftliche Betätigung in der Welt. Es darf uns nicht an jeder Straßenecke ein feindlicher und neidischer Ausländer mit dem Knüttel in der Hand drohend zurufen: hier bleibst du weg, hier ist meine Domäne. Dieser Vergleich paßt doch treffend auf Englands Haltung uns gegenüber. Freie Bahn müssen wir fordern, das ist die Grundlage weiteren wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritts. Damit bringen wir auch Millionen Menschen die Segnungen sozialen Fortschritts und politischer und geistiger Freiheit. Unsere Krieger bekommen den besten Begriff von russischen Zuständen und dem sozialen Elend, das dort grassiert. Aber auch Belgien und Frankreich bringt ihnen eine große Enttäuschung; ein weit unter dem deutschen Arbeiter stehendes Proletariat, dem gegenüber eine Ueberkultur und sündhastler Luxus bei den oberen Schichten.

Wir wollen nicht das Blut von vielen hunderttausenden deutschen Kriegern umsonst geflossen sehen. Wir brauchen nicht das als Maßstab zu nehmen, was unsere Feinde uns zugebracht haben. Aber fordern müssen wir, daß ohne Sentimentalität und weltliche Manipulationen das durchgeführt wird, was der Reichskanzler forderte.

In der Schuldnechtschaft Englands

Als England sich bei Beginn des Weltkrieges auf die Seite unserer Feinde stellte, war es von der Hoffnung besetzt, durch diesen Krieg den fetten Gewinn des deutschen Außenhandels einzustreichen. Die englischen Staatsmänner verhehlten diese Absicht gar nicht, ja sie suchten mit dem Hinweis auf das große „Erbe“ des deutschen Außenhandels die letzten Bedenken der Volksvertretung zu zerstreuen. Der Krieg schien ein äußerst einträgliches Geschäft zu werden. Dem 20 Milliarden Mark Außenhandel sind eine gar zu schöne Sache. Hatte doch schon 1897 die englische Wochenschrift „Saturday Review“ in dem berühmten Artikel, in dem sie die Vernichtung Deutschlands forderte, geschrieben: „Völker haben jahrelang um eine Stadt oder um ein Erbfolgerecht gekämpft; müssen sie nicht um einen jährlichen Handel von 5 Milliarden Mark Krieg führen?“ Nun waren es gar 21 Milliarden geworden und der Zeitpunkt schien nicht mehr fern, wo der deutsche Außenhandel den englischen zu überflügeln drohte. Darum mußte nach der englischen Krämerlogik der Weltkrieg entfacht und Deutschland bis zur Ohnmacht geschlagen werden, damit das, was deutscher Fleiß in der Welt geschaffen, dem habgierigen Briten in den Schoß fiel. Doch es kam ganz anders. England mußte seinen goldenen Traum still in die Vergessenheit versenken. Nun sucht es, von der Deutlichkeit weniger bemerkt, sich auf eine andere Weise die Handelshegemonie zu sichern für die Zeit nach dem Kriege. Das Mittel dazu ist die Schuldnechtschaft anderer Staaten gegenüber England.

Es ist ja bekannt, daß die Zinsen, welche verschuldete Staaten an die Gläubigerländer zu zahlen haben, letzten Endes nicht durch Barzahlung beglichen werden, sondern durch Warensendungen. Ist ein Land an ein anderes schwer verschuldet, so kann es ja gar nicht anders, als durch größere Darbietung von Landeserzeugnissen seinen Zins- und sonstigen Schuldverpflichtungen nachzukommen, falls es nicht dritten Staaten gegenüber selbst wieder Gläubiger ist. Je stärker diese finanzielle Abhängigkeit eines Staates von einem andern, desto mehr muß sich der Schuldnerstaat auch in wirtschaftlicher Abhängigkeit vom Gläubigerstaat begeben, bei Handelsverträgen besondere Zugeständnisse an den letzteren machen, bei neuen Schuldentischen sich den Verwendungszweck vorzeichnen lassen oder sich ver-

pflichten, nur von Firmen des Gläubigerlandes bestimmte Waren zu kaufen, eventuell sogar dessen Schiffahrts- lizenzen zu bevorzugen. Besonders von Seiten Frankreichs hat es sogar nicht an Versuchen gefehlt, durch die Gewährung und Entziehung von Kredit einen Druck auf die politische Stellungnahme einzelner Staaten auszuüben.

Diese Tatsachen sucht sich England nach dem gänzlichen Scheitern seines ursprünglichen Planes nun offenbar zunutze zu machen, um nach dem Kriege seine heutigen Verbündeten in der Hand zu haben und durch seine Gläubigereigenschaft eine weitere Ausdehnung seines Handels zu erzielen. Und das scheint es zunächst keine schlechten Aussichten zu haben.

Zunächst wird durch den Krieg die Stellung Frankreichs auf dem internationalen Geldmarkt vollkommen untergraben. Frankreich hat große Summen an das Ausland gegeben, da seine eigene Volkswirtschaft nur in langsamem Tempo sich entfaltet und darum nur in beschränktem Maße Anlagemöglichkeiten bietet. Die Hälfte seiner Auslandsanlagen sind jedoch nach Rußland gegangen. Man begreift recht gut das Wanken der französischen Rentenbesitzer um ihr in Rußland angelegtes Geld. Möglicherweise sind diese Summen, die den größten Teil des ganzen Nationalvermögens Frankreichs ausmachen, mehr oder minder verloren. Auf keinen Fall bekommt es diese Gelder in absehbarer Zeit wieder zurück. Der Krieg selbst aber kostet Frankreich ungeheure finanzielle Opfer. Nach dem Bericht des französischen Finanzministers Ribot betragen die Gesamtausgaben für Meer und Marine bis 30. Juni 1915 einschließlich der Unterstellungen fast 19 Milliarden Franken. Da die französischen Finanzen schon vor Kriegsausbruch in einer sehr bedenklichen Verfassung waren und seine Staatskassa die größte der Welt war, so wird sich Frankreich von den finanziellen Leistungen dieses Krieges auf lange Zeit nicht erheben können, um so weniger, als ein großer Teil seines Kriegsaufwandes ins Ausland geht. Es wird zudem zum Schuldner Englands. Dieses kann darum rechnen, daß die Nebenbuhlerschaft Frankreichs auf dem internationalen Geldmarkt in Zukunft ausgeschaltet sein wird.

Auch Rußland kommt bei England immer tiefer in die Kreide. Doch ist das schlaue Händlervolk gegenüber diesem Schuldner vorsichtig und sucht sich die nötigen Bürgschaften zu verschaffen. Das wichtigste Ereignis aber ist, daß England das treubruchige Italien finanziell an England ausgeliefert. Schon in der Zeit der Vorbereitung zum Kriege hat Italien große Summen von England bekommen. Jetzt soll England seinem neuen Bundesgenossen den Krieg finanzieren. Aus dem, was bisher in der Presse bekannt geworden ist, geht hervor, daß es bei dieser Angelegenheit Schwierigkeiten macht. Es verlangt sogar die Verpfändung italienischer Zolleinnahmen als Sicherheit für die Zinsverbindlichkeiten. Damit wird Italien von seinem Freunde, durch den es sich in den Krieg hat heken lassen, auf gleiche Stufe mit halbivilisierten und politisch machtlosen Staaten gestellt. Es ist das ein recht netter Auftakt zu der beginnenden Schuldknechtschaft Italiens gegenüber England. Und

diese wird nun so schärfer werden, je länger der Krieg andauert. Damit hat England erreicht, daß Italien im Mittelmeer keine Rolle mehr spielen kann. Denn die Schuldenlast, welche der Krieg für dieses Land bringen wird, wird seine finanziellen Kräfte so in Anspruch nehmen, daß es auf einen weiteren Ausbau seiner Flotte und seines Heerwesens verzichten muß. Auch Frankreichs Mittelmeerstellung wird innerlich vernichtet, aus dem gleichen Grunde. Handelspolitisch aber werden die heutigen Bundesgenossen Englands geradezu in ein Vasallenverhältnis zum Inselreiche gedrängt. Hier liegt der Punkt, weshalb England ein so großes Interesse daran hat, daß der Krieg recht lange dauert. Je länger seine Dauer, desto größer wird die Schuldknechtschaft der Verbündeten an England, desto härtere Bedingungen kann es ihnen für die Kreditgewährung auferlegen und desto größer erscheint sein Zukunftsgewinn. Zudem gibt es ja die Anleihen zum großen Teil gar nicht in bar, sondern in Waren (Kohlen, Waffen usw.) und praktisch in Form von Zinsrückstellungen, wie dies gegenüber Rußland geschehen ist. England macht es da wie der richtige Wucherer: es stundet die Zinsen nicht in Wirklichkeit, sondern gibt dem Schuldner ein neues Darlehen, aus dem zunächst die fälligen Zinsen zurückbehalten werden. Dabei profitiert es den großen Kurzgewinn, und erhält auch noch den hohen Kriegszinsfuß, der künftig eine viel stärkere Ausbeutung seiner heutigen Bundesgenossen gestattet.

Doch ist es nicht unmöglich, daß auch durch diese saubere Rechnung ein großer Strich gemacht wird. Nach dem eigenen Zugeständnis des englischen Finanzministers hat England mit erheblich größeren finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen, als Deutschland. Die Waffenlieferungen der Vereinigten Staaten treiben einen starken Strom englischen Geldes über das Meer. Wenn das so weiter geht, können sich die letzteren eines erheblichen Teiles ihrer Schuldverbindlichkeiten gegen England entledigen und der entsprechende Posten der englischen Zahlungsbilanz fällt fort. Die Verbündeten Englands aber können, wenn der Krieg noch lange dauert, an den Rand des Staatsbankrotts gedrängt werden. Dann aber sind auch die englischen Milliarden gefährdet. Endlich muß man sich vergegenwärtigen, daß durch den deutsch-österreichischen Sieg auch die finanzielle Seite des Krieges aufgerollt werden wird. Gerade diese Angelegenheit aber wird den stärksten Strich durch die englischen Zukunftsaufgaben machen.

Allgemeines

Das **Eiserne Kreuz** erhielten folgende Kollegen: **Bernhard Jansen**, Mitglied der Verwaltungsstelle Nachen; **Stefan Piechowski** und **Otto Heinemann**, Mitglieder der Zahlstelle Bochum; **Kollege Herr**, Mitglied der Zahlstelle Voikrop; **Philipp Hartmann**, Mitglied der Zahlstelle Käferthal. Unsern Glückwunsch.

Wochenhilfe und Familienunterstützung. Nachdem durch die Bundesratsverordnung vom 23. April 1915 allen minderbemittelten Kriegerfrauen die sogenannte Kriegswochenhilfe zugesagt worden ist, versucht man vielfach, speziell in ländlichen Bezirken, bei der Familienunterstützung zu sparen. So schrieb z. B. das Landratsamt eines wohlhabenden Kreises einer Kriegerfrau kurz und bündig:

„Während der Dauer des Wochengelbbezuges besteht kein Anspruch auf die Unterstützung nach dem Gesetz vom 28. Februar 1888, 4. August 1914.“
Ein derartiger Standpunkt widerspricht aber dem Grundgedanken der Kriegswochenhilfe, die als eine besondere Unterstützung für Mutter und Kind in schwerer Zeit geschaffen wurde.

Zur endgültigen Klarstellung der Frage hat jetzt auch die Reichsregierung in einem Rundschreiben an die Bundesregierungen betont, daß es der Absicht des Gesetzgebers zuwiderlaufen würde, wenn eine Anrechnung der Familienunterstützung auf die Wochenhilfe stattfände. Der Gesetzgeber sei vielmehr davon ausgegangen, daß in allen Fällen, in welchen die Voraussetzungen für die Gewährung von Wochenhilfe vorliegen, diese außer der im Gesetz vom 28. Februar 1888, 4. August 1914 vorgesehenen Unterstützung zu gewähren ist, falls im Einzelfalle die Bedürftigkeit im Sinne des Gesetzes vorliegt.

Kriegsrente und Familienunterstützung. Im November vorigen Jahres wies das Reichsamt des Innern in einem Rundschreiben an die Bundesregierungen darauf hin, daß nach gesetzlicher Vorschrift die Familienunterstützung bis zur tatsächlichen Auszahlung der Hinterbliebenenbezüge, bzw. der Rente des Invaliden Kriegers gewährt werden müsse. Weiterhin wurde gesagt, daß eine Anrechnung der Unterstützung auf die Kriegsgebührente nicht zulässig sei. Behtgedachte Vorschrift hat nunmehr der preussische Minister des Innern im Einverständnis mit der Reichsregierung durch Erlass vom 28. April 1915 abgeändert. Es sollen jetzt bei Auszahlung der Kriegsgebührente der invaliden Soldaten und der Hinterbliebenen die gesetzlichen Unterstützungssätze noch zwei Monate lang neben der Pension beibehalten, die weiteren Beträge jedoch von der nachzahlenden Summe abgehalten werden. Bezüglich der Zuschuß-Familienunterstützung der Gefangenenverbände (Städte und Kreise) ist die Anrechnung auf die Rente ohne jede Beschränkung zugelassen. Es dürfte sich aber empfehlen, daß die Gefangenenverbände dem Beispiel des Reiches entsprechend von der Anrechnung eines Teiles der Unterstützung Abstand nehmen, um den invaliden Kriegern und den Hinterbliebenen den Übergang in ihre neuen Lebensverhältnisse zu erleichtern.

Die Notwendigkeit von Lohnerhöhungen wird jetzt auch in Unternehmungskreisen immer mehr anerkannt. So schreibt die „Bergwerkszeitung“ (Nr. 113, 1915) zu dieser Angelegenheit u. a.:

Wenn das Pfund Speck 1,50 Mk kostet, so soll in einer Arbeiterfamilie der Ausgleich nicht ausschließlich dadurch herbeigeführt werden, daß die Frau die Stücke kleiner schneidet — obgleich wir uns ja alle (?) einschränken müssen —, denn das hat schließlich ein Ende, und wir müssen unsere Bevölkerung unter allen Umständen kräftig und gesund erhalten; es muß vielmehr ernstlich danach getrachtet werden, die Einnahmen zu erhöhen. Daß die Arbeit teurer wird, wenn der Preis aller übrigen Dinge in die Höhe geht, ist selbstverständlich. Die Privatindustrie im Kohlenbergbau hat sich dieser Notwendigkeit aber keineswegs verschlossen. Die Lohnstatistik zeigt, daß sie schon in den letzten Monaten des Vorjahres der allgemeinen Bewegung gefolgt ist, und die bald zu erwartende Aufstellung für das erste Vierteljahr 1915 wird zeigen, daß die Löhne noch anhaltend steigen. So stark können sie natürlich nicht steigen, daß sie die wirtschaftlichen Folgen des Krieges ganz ausgleichen, denn unter diesen haben alle zu leiden und jeder muß sein Teil tragen. Aber eine angemessene Steigerung ist gerechtfertigt, und wenn die Statistik zeigen sollte, daß eine solche noch nicht eingetreten ist, dann muß nachgeholfen werden.“

Diese Auffassung eines Organs der Bergbaubindustrie ist besonders bemerkenswert im Hinblick auf den

Erlebnisse und Stimmungsbilder aus dem Felde

Nach einem dreitägigen Verfolgungsmarsch der Russen wurde unser Bataillon in . . . einquartiert. Bei Eintritt der Dunkelheit warfen wir auf einer Höhe links vom Dorfe einen Schützengraben aus. Am nächsten Tage hatten wir kaum einen Kilometer Weges zurückgelegt, als die ersten Gewehrschüsse fielen, ein Zeichen, daß der Feind sich wieder einmal festgesetzt hatte. Schon sahen wir die Besatzer des mit einer Lindenzäule gekennzeichneten Dorfes das Weite suchen.

In einem Kornfelde am Wegesrand wurden für einen Augenblick die Gewehre zusammengelegt. Da erreichte uns der Befehl des an Stelle des verwundeten Divisionskommandeurs amtierenden Brigadegenerals, wir sollten mit in das Gefecht eingreifen. Durch das langgezogene Dorf waren wir schon vorgekommen. Die Russen hatten den vor uns liegenden Wald besetzt und unterhielten ein heftiges Feuer.

Da jetzt unsere Artillerie ein, und kurze Zeit darauf zog sich der Feind langsam zurück. Die im Gefecht stehenden Truppen verfolgten weiter, während die Reserveabteilungen in einer Talniederung zusammengezogen wurden. So lagen wir bis 6 Uhr abends, wo besondere Befehle erteilt wurden. Das Regiment . . . erhielt den Befehl, den Sturm auf die Stellung der Russen zu unterbrechen, während wir uns als Reserveabteilung zurückziehen konnten. Unser Bataillon durchschritt einen Wald, um unsere Artillerie mit sechs Geschützen in Stellung zu bringen. Es hatte mit dem 15. Jänner in einem Wald in nächster Nähe Stellung genommen. Später wurde es durch einen Feindangriff zum Abzug gezwungen, bis die Stellung wieder besetzt wurde. Das Bataillon soll sich einrichten, und hat heute in der Nähe Stellung genommen. Spät

mußte zunächst praktisches Gelände ausgesucht werden, was bei Nachtzeit sehr schwierig ist. In einem Getreidefeld wurde sich eingebuddelt. Gegen 3 Uhr morgens, als es grau wurde, hatten wir uns zwar einen Schützengraben gemacht, jedoch fehlte uns das Wichtigste: es war kein Schützfeld vorhanden.

Die Arbeit war umsonst, es mußte besseres Gelände ausgesucht werden. Unser Major hatte inzwischen einen passenden Platz gefunden, wo auch die übrigen Regimenter Aufstellung fanden. Am feste das Graben und Buddeln von neuem ein. Links von uns stand ein Berg in Flammen, welches durch unsere Artillerie zerstört worden war.

Da die Russen seit der Nacht nicht mehr gesehen worden waren, trieben wir die Arbeit recht ungestört. Der Schützengraben zog sich über einen Kilometer durch Waldungen durch, und wir benutzten die Gelegenheit, recht fleißig Stämme für unsere Vorrichtungen zu fällen. Bis um 5 Uhr nachmittags arbeiteten die vorgeschickten Patrouillen, daß der Feind in mehreren Schützenlinien im Anmarsch sei. Alles führte an die Gewehre, um dem Ueberfall zu begegnen.

Gleich darauf eröffneten die Russen das Feuer und setzten es bis zur Dunkelheit fort. Man mußte sich in dem noch nicht fertiggestellten Graben beschließen, so gut es ging. Es fehlten uns zum Angriff noch Maschinengewehre, Handgranaten und Minenwerfer. Selbst war es uns kaum möglich, zum Patronenwagen zu gelangen.

Da zu erwarten war, daß es in der Dunkelheit zum Angriff käme, wurde noch schnell ein Maschinengewehr von dem dortigen Feind herbeigeschleppt. Die Russen unterhielten das Feuer bis 3 Uhr morgens, und zogen sich dann zurück. Die nachher festgesetzt wurde, hatten sie eine Schützengrabenlinie in etwa 3-4 Kilometer Entfernung mit einer Hauptmine besetzt.

Beste Aufgabe war nun, in Dunkelheit der Gefahr nicht nachzugeben, sondern in bestem Schutze zu verharren.

unser rechte Flanke stark bedroht. Der Schützengraben mußte um 800 Meter verlängert werden. Ein Zug unserer Kompanie war am nächsten Nachmittag gerade dabei, das Gelände oben abzufüllen, als wir das bekannte Geräusch eines Maschinengewehrs hörten. In nächster Entfernung durch dichtes Unterholz hatten die Russen es aufgestellt. Zum Glück gingen die ersten Schüsse zu kurz. Inzwischen lagen wir auf dem Bauch und trochen rückwärts bis zur Deckung.

Das Maschinengewehr hatte das Zeichen zum nochmaligen Angriff gegeben, denn es setzte jetzt auch wieder das Geschwehrräder ein.

Gegen 12 Uhr nachts verstummte es, um gegen 3 Uhr morgens am linken Flügel beim Regiment . . . mit großer Heftigkeit wieder einzusetzen.

Man merkte, es handelte sich um einen Durchbruchversuch auf der Straße des Dorfes M . . . Das Regiment hatte aber in den zwei Tagen Gelegenheit gehabt, sich eine gute Stellung zu verschaffen. Jetzt setzte der Kampf unter Mithilfe unserer Artillerie sehr heftig ein. Bis vor die Schützengraben waren die Russen angefahren. Alle Wundinstrumente, die durch unsere moderne Technik geschaffen, traten in Funktion.

Solche Augenblicke erfordern starke Nerven. Man glaubt, die Hölle sei losgelassen. Unter schweren Verlusten wurden die Russen zurückgeschlagen. Seit dieser Zeit haben sie uns unbehelligt gelassen.

Nur ab und zu erlaubt sich ein Vorposten (genannt Einzelritze), und in der gewohnten Tätigkeit zu stören. Man beachtet dieses aber kaum und reißt seine Nase über das herübergeschobene brummende Stillsitzen.

Gestern wurde uns bekannt, daß Pryemyl wieder zurückgekehrt ist. Wir sprangen aus dem Graben und brüllten den Russen ein lautes Hurra hinüber. Schon wieder stimmt es bei uns nicht, mögen sie getraut haben. So ganz dumm darf man die Russen doch nicht verachten.

instand, daß die rheinisch-westfälischen Zechenbesitzer vor längerer Zeit die Eingabe der vier Bergarbeiterorganisationen auf Gewährung einer Teuerungszulage abschlägig entschieden haben. Den Arbeiterverbänden machen die Kohlenindustriellen grundsätzlich keinerlei Zugeständnisse, und wenn die vorgetragene Wünsche auch noch so berechtigt sind.

Kriegsgewinne der Aktiengesellschaften. Wenn die Arbeiter, veranlaßt durch die Verteuerung der Lebenshaltung, eine Erhöhung der Löhne fordern, so wird ihnen das vielfach übel genommen. Weite Kreise der Unternehmer lehnen beratige Forderungen der Arbeiter mit der Begründung, daß die Geschäftslage eine Erhöhung der Löhne nicht ermögliche. Nun soll nicht geleugnet werden, daß einzelne Gewerbegebiete und Betriebe durch den Krieg in ungünstiger Weise beeinflusst wurden. Aber im allgemeinen haben die Unternehmer, besonders in der Großindustrie, trotz des Krieges oder seiner Folgen infolge des Krieges, im letzten Geschäftsjahre finanziell gut abgeschnitten. Deutlich ist das aus den Jahresabschlüssen der Aktiengesellschaften zu ersehen. Die für das Jahr 1914 verteilten Dividenden, die bei vielen Unternehmungen höher sind als im Jahre vorher, lassen schon äußerlich die Rentabilität der Kriegsgewinne in die Erscheinung treten. Der Berliner „Börse-Courier“ (Nr. 271, 1915) sagt am Schluß einer Betrachtung über die deutsche Industrie im Krieg, daß die Untersuchung über das Ergebnis der Aktiengesellschaften in Interesse gewinnt, „wenn man über die einfachen Zahlen der ausgeschütteten Dividenden hinausgeht und sowohl die absoluten Zahlen der verteilten Gewinne wie auch die Höhe der besonders wegen des Krieges gestiegenen Dividenden berücksichtigt. Da ergibt sich nun die ganz außerordentliche Tatsache, daß bei 47 Gesellschaften, die über ein Kapital von zusammen rund 10 Milliarden Mark verfügen, 107 Millionen Mark besondere Mittelstellungen aus Anlaß des Krieges gemacht und die Gewinnvorträge, die gleichfalls als Kriegsrücklagen anzusehen sind, um 50 Millionen Mark erhöht wurden. Es ergibt sich also, daß bei diesen Gesellschaften 3,2 Prozent des Nominalkapitals zu Mittelstellungen verwendet wurden. Diese Summe erschöpft aber die Kriegsrücklagen der hier betrachteten Gesellschaften keineswegs. Viele von ihnen haben durch niedrige Bewertung ihrer Vorräte, durch Abschreibungen auf die ihnen geschuldeten Summen vor Einstellung in die Bilanz noch andere ebenso große, teilweise sogar noch größere Mittelstellungen vorgenommen, ohne deren Betrag der Öffentlichkeit mitzuteilen. Schließlich ist noch zu bedenken, daß die Mittelstellungen der zukunftsreichen Gesellschaften den Durchschnittsjahr erheblich übersteigen und daß letzten Endes gerade diese Gesellschaften für die weitere Entwicklung der Volkswirtschaft am wichtigsten sind.“

Daß die wirtschaftlichen Unternehmungen sich rentieren und fest fundiert sind, ist gewiß erfreulich. Man sollte es aber auch bei dieser Sachlage den Arbeitern nicht zur Last anrechnen, wenn sie eine der Teuerung entsprechende Erhöhung ihres Einkommens erstreben.

Aus gewerkschaftlichen Jahresabschlüssen. Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften ist durch die Kriegseinwirkungen besonders stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Der Deutsche (nationale) Gärtnerverband hat durch den Krieg einen Mitgliedererfolg von etwa 800 zu verzeichnen. Ende des ersten Halbjahres waren 1265 und am Jahresluß nur noch 130 Mitglieder vorhanden. Über 700, also weit über die Hälfte der Mitglieder waren bis Ende des Jahres zur Löhne einberufen. Trotz dieser Einbuße an Mitgliedern war die Einnahme aus Mitgliederbeiträgen um 900 M. höher als im Jahre vorher. Die Gesamteinnahmen betrugen Mark 17 681 M., die Ausgaben 17 789 M., der Kassenbestand

Ein schönes Stimmungsbild erlebt man jetzt in den warmen Nächten auf Laubbäumen. Dieses sind in der Regel Doppelreihen, welche 50-100 Meter vor der Hauptstellung eingegraben sind. Die Tierwelt in der Natur scheint sich nachts nicht zur Ruhe. Wenn die Nachtigall vor Mitternacht ihre Stimme erschallen ließ, so setzte die Gucke in 12. Stunde ein, und schon um 2 Uhr trillert die Lerche hoch in der Luft.

Deswegen aber des Nachts unsere 15-Zentimeter-Geschütze ihren Lauf, so liegt alles ängstlich in die Zweige des Waldes. Da die Waldungen sehr groß sind, so ist das Echo ein sehr weitstreichendes. Diesen Laubbäumen fällt die große Verantwortung zu. Ist ihnen doch die Hauptrolle in den Schützengräben anvertraut.

Es weilen die Gedanken des Landwehrmannes in stiller Nacht zu Hause bei den Lieben. Da — ein Schuß. Das Echo verliert sich hinter den Höhen. Man spürt scharf nach der Richtung, von wo der Schuß ausgegangen. Die Soldatennatur tritt in ihre Rechte. Alle Nerven sind gespannt, doch es bleibt still. Vielleicht wurde dem russischen Vorposten durch ein aufspringendes Wild der Schuß abgelöst.

Ist es schon hell genug, so wird noch mal das Fernglas benutzt, um jeden Strauch und Baum zu untersuchen. Nun zeigt sich die Sonne in ihren ersten Strahlen. Es wird Tag. Die Aufmerksamkeit läßt nun merklich nach, weil es heller ist, sich der Stellung am Tage zu nähern, und laßt sich der Gulaschmaschine zu, die den Kaffee durch die Waldschneise schon gesehen heranzieht.

Die Unterhaltung schon beim ersten Zusammentreffen der Kameraden aus den Erdhöhlen und von den Felsen ist oft sehr interessant. Die Westfalen und Rheinländer haben trotz aller Leyer und Schwierigkeiten sich immer noch einen guten Humor bewahrt. Der Heiser.

am Jahresluß 7898 M. Der Deutsche Gärtnerverband hat gemeinsam mit den anderen Gärtnergehilfenverbänden kürzlich eine Bewegung gegen die Kleinrentenbedingung im Privatgärtnerberuf eingeleitet; Bestrebungen, denen ein voller Erfolg zu wünschen ist.

Schlemmeret in Vadeorten. Die berechtigte Mahnung amtlicher und privater Kreise an die bessergestellte Bevölkerung, mit unseren Lebensmittelvorräten Hauszuhalten und auf alle überflüssigen Genüsse beim Essen zu verzichten, scheint leider in einer Reihe von Vade- und Kurorten ungehört verhallt zu sein. Wie der Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen mittelst, laufen von dort zahlreiche Schreiben ein, in denen darauf hingewiesen wird, daß die Lebensweise noch genau so verschwenderisch wie in Friedenszeiten ist; verändert seien nur die Preise. Eine derartig geringe Rücksichtnahme auf die durch den Krieg gebotene Sparsamkeit in unserer Wirtschaftsführung sollte aber selbst an den Stätten der Erholung meist ohnehin gutstimmter Kreise nicht üblich sein. Den Kranken soll gewiß die ihnen zustehende und zuträglichste Kost überall verabsolgt werden. Auch die gesunden Erholungsgehenden können schließlich satt werden. Das ist aber auch schon mit einem bürgerlichen „Gange“ und entsprechender Vor- und Nachspeise möglich. Es wäre wünschenswert, wenn die Stellen, die es angeht, genau wie an zahlreichen Orten die militärischen und kommunalen Behörden, auch in den Kurorten und Sommerfrischen einen heilsamen Einfluß auf die Speisarten ausüben würden. Geschäfte das in ganzen Reihe gleichmäßig, so würde auch das gegenseitige Ueberleben in kulturellen Genüssen aus Konkurrenzrücksichten unterbleiben. Ein Herabgehen der Preisenpreise mit Rücksicht auf die geringeren Kosten für Speisen usw. könnte dann ebenfalls erwartet werden. Damit stiegen für viele minderbemittelten Volksschichten die Aussichten, auch einmal eine Weile in diesen anregenden und aufreibenden Zeiten der Erholung leben zu können. Jedenfalls würden die amtlichen Stellen durch eine Einschränkung der jetzt noch üblichen Schlemmeret der Zustimmung weiter Bevölkerungsteile angelehnt der großen Not vieler Schichten gewiß sein.

Wirtschaftliche Bewegung

Bezirk Rönigsberg i. Pr.

Danzig. Infolge der riesigen Steigerung der Lebensmittel und aller anderen im Verbrauchermarkt unentbehrlichen Verbrauchsmittel traten die Kollegen wiederholt an den Vorstand heran, doch Mittel und Wege ausfindig zu machen, wie diese drückenden Zustände gemildert werden könnten. Ganz besonders wünschten die Kollegen, an den Arbeitgeberverband einen Antrag auf Teuerungszulage zu stellen. Eine vom Deutschen Bauarbeiterverband einberufene Sitzung am 27. Mai nahm zu der Situation Stellung. Eine Einigung konnte zunächst nicht erzielt werden, und so fand am 1. Juni eine zweite Sitzung statt. Hier wurden sich unsere Organisation und der Deutsche Bauarbeiterverband darin einig, ein Schreiben an den Vorstand des Arbeitgeberverbandes zu richten, um so den Wunsch unserer Mitglieder nach einer Teuerungszulage geltend zu machen. Dieses Schreiben wurde am 8. Juni dem Arbeitgeberverbande einreichend. Hierauf lud uns der Vorstand des Arbeitgeberverbandes zu einer Sitzung am 17. Juni ein. Gegen das Schreiben der Organisationen hatten die Arbeitgeber nichts einzuwenden. Es wurde aber darüber gesagt, daß bereits auf dem Neubau der Gewerkschaft die Arbeit am 14. Juni niedergelegt sei. Von den Organisationsvertretern, besonders von Kollegen Schönkäs, wurde dieses lebhaft bedauert, die Arbeiter hätten hier nicht gehandelt, wie dieses im Interesse des Friedens notwendig sei. Diese Übergriffe könnten aber der Organisation nicht zur Last gelegt werden. Von unserer Organisation war hier nur ein Mitglied beschäftigt. Nach langer Debatte boten die Arbeitgeber eine Teuerungszulage von 2 Pf. pro Stunde. Obwohl unsere Kollegen etwas mehr erhofft hatten, sind wir damit einverstanden. Die Unternehmer bestritten auch durchaus nicht die übergroße Teuerung, sie erkannten dieselbe im Gegenteil an. Unsere Danziger Kolonnen mögen auch hieraus ersehen, wie die Organisation bestrebt ist, in allen Zeiten für sie zu sorgen. Den wenigen, welche sich seit dem Krieg von dem Fahren der Verbandsbeiträge gedrückt haben, sollen unsere Kollegen einmal recht ernstlich zu Gemüte führen, daß auch sie Pflichten haben und nicht nur zum Nehmen da sind.

Tapienau. Auf der hiesigen Landesbesserungsanstalt, wo wir einen schriftlichen Vertrag nicht besitzen, die tariflichen Löhne der ortsanständigen Unternehmer aber immer anerkannt wurden, beträgt der Stundenlohn 55 Pf. Der Tapienauer Lohn ist in Betracht der Verhältnisse zu gering. Auf Wunsch unserer Mitglieder wurde der Direktoren bereits am 6. April ein Vorschlag eingereicht, in Anbetracht der neueren Verhältnisse eine Kriegsernennungszulage zu gewähren. Dieser Bitte kam die Direktion insofern nach, daß sie den Stundenlohn um 2 Pf. erhöhte. Zusätzlich sind aber die Preise für alle Bedarfsartikel weiter bedeutend im Preise gestiegen. Eine am 12. Juni tagende Mitgliederversammlung befaßte sich eingehend mit dieser Frage und beauftragte den Bezirksleiter, ein erneutes Gesuch um Bewilligung einer Teuerungszulage bei der Direktion einzureichen. Dieses ist inzwischen geschehen. Wir wollen hoffen, daß auch diesmal die Forderung, in welcher sich unsere dortigen Mitglieder befinden, anerkannt wird und eine weitere Erhöhung des Lohnes eintritt.

Auch in Zoppot und Neustadt sind unsere Mitglieder in den letzten Tagen mit der Bitte um eine Teuerungszulage bei ihren Arbeitgebern eingetreten. Es steht zu erwarten, daß auch hier etwas erreicht, um die Teuerung

wenigstens in etwas auszugleichen. In manchen anderen Orten des Bezirks wäre ein gleiches notwendig. Bei dieser Gelegenheit möchte ich alle Mitglieder des Bezirks doch dringend ersuchen, auch während des Krieges dem Verbands neue Mitglieder zuzuführen. Nur der Verband allein ist's, welcher die Interessen der Mitglieder überall wahrnehmen kann. Darum vorwärts auch in dieser schweren Zeit.

Der Arbeitsmarkt im Mai 1915

In der Mehrzahl der Industrien war der Geschäftsgang auch im Mai durchaus befriedigend. Besonders gilt das für Unternehmungen, welche mittelbar oder unmittelbar für Heereszwecke arbeiteten. Manche Betriebe konnten die Aufträge nur mit Anspannung aller Kräfte und unter Leistung von Überstunden, doppelter und dreifachen Schichten bewältigen. Eine wesentliche Minderung gegenüber dem Vormonat ist im allgemeinen nicht eingetreten, bemerkenswert ist jedoch die überall bemerkbare Entlastung des Arbeitsmarktes für weibliche Beschäftigte.

Die Berichte der einzelnen Verbände und Unternehmungen zeigen, daß im Vergleich der Absatz unverändert gut war. Auch die Eisen- und Maschinenindustrie war durchschnittlich ebenso lebhaft beschäftigt wie im Vormonat. Dasselbe gilt für die elektrische Industrie, soweit sie, wie dies in großem Umfange geschieht, Kriegsgut herstellt. Gleichfalls befriedigend war die Lage der Spinnstoffgewerbe mit Ausnahme gewisser Spezialzweige, z. B. der Seidenindustrie. Uneinheitlich lagen die Verhältnisse in einigen anderen Gewerben, wie der chemischen und der Holzindustrie. In den Industrien, die über guten Geschäftsgang zu berichten haben, gehören auch einige Zweige der Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, z. B. die Bierbrauerei und die Zigarettenfabrikation. Im Baugewerbe, das schon vor dem Kriege einen unbefriedigenden Geschäftsgang zu verzeichnen hatte und dessen Lage durch den Krieg zunächst noch weiter verschlechtert worden ist, machte sich im Berichtsmonat in einzelnen Städten infolge der öffentlichen Bautätigkeit eine gewisse Besserung bemerkbar, die auch stellenweise in einer Steigerung der Zahl der Beschäftigten zum Ausdruck kam.

Die Nachweisungen der Krankenkassen ergaben für die in Beschäftigung stehenden Mitglieder am 1. Juni eine Abnahme der männlichen Beschäftigten dem Anfang des Vormonats gegenüber um 68 279 oder 1,11 v. H., dagegen eine Zunahme der weiblichen Beschäftigten um 31 938 oder 0,92 v. H.; die Gesamtzahl der Beschäftigten hat mithin nur um 36 341 oder 0,44 v. H. abgenommen. Der Rückgang war also nur sehr gering und geht im wesentlichen auf Einberufungen zum Landsturm zurück.

Die Arbeitslosigkeit hat sich, wie in den Vormonaten, auch im Mai der Anzahl nach weiter verringert, die Verhältniszahl ist dieselbe geblieben wie im Vormonat; denn von den 1 007 000 Mill. Mitgliedern, über welche 35 Fachverbände für den Mai berichteten, waren 2,9 v. H. gegen 2,9 v. H. im Vormonat arbeitslos. Daß die Stellenlosigkeit gegenwärtig nur unwesentlich größer ist als zu Friedenszeiten, zeigt im Vergleich mit dem Mai 1914, in welchem 2,8 v. H. arbeitslos waren. Wie bedeutend die Besserung in den letzten Monaten war, ergibt sich daraus, daß zu Beginn des Jahres noch 7,2 v. H. Arbeitslose gezählt wurden.

Aus der Statistik der Arbeitsnachweise geht hervor, daß sich im Verhältnis der Arbeitsuchenden zu den offenen Stellen bei den Frauen eine Besserung vollzogen hat, während bei den Männern die Lage unverändert geblieben ist. Auf 100 offene Stellen entsfielen nämlich im Berichtsmonat bei den Männern 99 Arbeitsuchende (gegen 100 im April), bei den Frauen 158 Arbeitsuchende (gegen 165 im April). Gegenüber dem Mai 1914 ist der Andrang zu den Arbeitsnachweisen bei den Männern bedeutend schwächer, bei den Frauen stärker geworden.

Nach den Berichten der Arbeitsnachweiseverbände hat sich der Arbeitsmarkt in Schlesien, Sachsen, Anhalt, Bayern, Württemberg und für männliche Arbeiter auch in Hamburg nicht wesentlich verändert. In Berlin und Brandenburg zeigte sich beim männlichen Personal und in schwächerem Grade auch auf dem Arbeitsmarkt für weibliche Angestellte ein Rückgang ebenso an offenen Stellen wie an Stellenuchenden. Die Gesamtzahl der Vermittlungen ging zurück. In Pommern machte sich vielfach sowohl beim Angebot wie bei der Nachfrage ein Rückgang bemerkbar; in Stettin ist eine gewisse Besserung des Arbeitsmarktes eingetreten. In Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Bremen und Schaumburg-Lippe hat die günstige Entwicklung der gesamten Arbeitsmarktverhältnisse weitere Fortschritte gemacht. Der Monat Mai war der bisher günstigste im Anbruch des Krieges. Das ist in erster Linie auf die erfreuliche Lage des Arbeitsmarktes für weibliche Angestellte zurückzuführen. Das Angebot an offenen Stellen für Frauen war drei bis vier mal so groß wie die Zahl der Stellensuche. In Schleswig-Holstein ist nur eine ganz unwesentliche Verschlechterung der günstigen Gesamtlage des Arbeitsmarktes eingetreten. In Westfalen hielt die große Nachfrage nach Arbeitskräften an, es meldeten sich aber nur verhältnismäßig wenig Arbeitsuchende, so daß die Vermittlungstätigkeit überall bedeutend zurück ging. In Rheinland hat sich das Verhältnis der offenen Stellen zu den Arbeitsuchenden zugunsten der Arbeitsuchenden besonders stark bei den Frauen verschoben, doch ist die Lage des Arbeitsmarktes für Frauen immer noch weniger günstig als die des Arbeitsmarktes für Männer. In Baden gleichen sich bei den Männern Angebot und Nachfrage vollkommen an, die Lage des Arbeitsmarktes war erheblich günstiger

als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Bei den Frauen war die Lage zwar ungünstiger als 1914, hat sich aber im Berichtsmonat gegenüber dem Vormonat gebessert. Auch aus Schlesien und Hamburg wird eine Besserung des weiblichen Arbeitsmarktes gemeldet.

(Reichsarbeitsblatt.)

Genossenschaften in Deutschland

Die Deutsche Genossenschaftsstatistik für das Jahr 1912, eine mühsame Arbeit von Dr. Petersilie, ist auch in diesem Jahre erschienen. Die Zählung nach dem Stande vom 1. Januar 1912 ergab für das gesamte Deutsche Reich 31 757 Genossenschaften mit 5 555 803 Mitgliedern. Es entfallen Genossenschaften auf Preußen 17 597 mit über 3 Millionen Mitgliedern, auf Bayern 5 424 Genossenschaften mit 636 800 Mitgliedern, Sachsen 989 Gen. mit 369 000 Mitgl., Württemberg 2020 Gen. mit 358 800 Mitgl., Baden 1392 Gen. mit 277 189 Mitgl., auf Hessen 978 Genossenschaften mit 154 351 Mitgliedern. Trotzdem nicht zweifelsfrei festgestellt werden kann, ob Genossenschaften verschiedener Art städtischen oder ländlichen Charakter haben, ist in der Statistik doch der Versuch gemacht, die Genossenschaften nach diesen Merkmalen zu unterscheiden. Von den eingetragenen Genossenschaften mit überwiegend städtischem Charakter sind aufgeführt 7631 mit 3 272 000 Mitgliedern, Genossenschaften auf dem Lande 24 126 mit 2 283 700 Mitgliedern. Die Darlehnskassen haben allein 1 577 000 Mitglieder. Bei den städtischen Genossenschaften überwiegen die Konsumvereine, 2111 mit 1 753 829 Mitgliedern.

Die Gesamtzahl der Konsumentengenossenschaften betrug am 1. Januar 1912 3648 mit 2 020 000 Mitgliedern. Darunter sind 2318 Konsumvereine, 1173 Wohnungs- und Baugenossenschaften, dazu 114 solche für Vereinshäuserbau, 23 Bäckereien und 20 Buchdruckereien. Die Gesamtsumme der Genossen bei den Konsumvereinen betrug 54 Millionen Mark, die der Baugenossenschaften 2 1/4 Millionen. Während des Jahres 1911 hatten die Konsumvereine einen Mitgliederzuwachs von 10 Prozent, die Baugenossenschaften einen solchen von 10 1/2 Prozent.

Ueber ihre Tätigkeit konnte nur von 491 Baugenossenschaften berichtet werden. Diese hatten bis Ende 1910 zusammen 10 678 Häuser mit 51 086 Wohnungen fertiggestellt. Der Herstellungspreis betrug 305 Millionen Mark, davon 280 Millionen fremdes Geld. Das vorläufige Ergebnis der statistischen Erhebungen sagt, daß die Genossenschaftsbewegung weiter schreitet. Im Jahre 1912 wurden 141, 1913 111 neue Bau- und Wohnungsvereine gegründet. Die Zahl der Konsumvereine nahm zu: 1913 um 73, 1912 um 93 Vereine. Die Mitgliederzahl stieg prozentual in höherem Maße.

Verbandsnachrichten

Wir machen die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 4. Juli, der 18. Wochenbeitrag für das Jahr 1915 fällig ist.

Oliva. Eine gemeinsame Versammlung der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter fand hier am Sonntag, den 20. Juni, nachmittags 4 Uhr statt. Der Besuch war ein beachtender; es waren gegen 50 Kollegen erschienen. Unser Bezirksleiter, Kollege Schönckes, sprach über die zurzeit herrschende Teuerung und über die aus diesem Grunde an den hiesigen Arbeitgeberverband gerichtete Eingabe um Bewilligung einer Kriegsteuerzulage. Die Verhandlung hierüber hat mit dem Arbeitgeberverbande am 17. Juni stattgefunden mit dem Resultat einer Teuerungszulage von 2 Pfg. pro Stunde. Wenn diese kleine Erhöhung des Stundenlohnes auch nicht recht befriedigt, so sei es doch immerhin anerkennenswert, weil dadurch das Einkommen um etwas mehr als eine Mark pro Woche gesteigert werde. Die Versammlung erklärte dann auch ihr Einverständnis dazu. — Im gewerkschaftlichen Teil wurde das Verhalten einzelner früherer Mitglieder scharf kritisiert, welche es jetzt nicht für notwendig halten, Beiträge zu entrichten. Ein Kollege bezeichnete diese Leute als Schwarzher, welche man so behandeln müsse, wie sie es verdienen. Kollege Schönckes sprach noch in längeren Ausführungen zu dieser Sache und gab manchen praktischen Rats, wie unser Verband auch während des Krieges ausgebaut und gestärkt werden könnte zum Wohle der Arbeiterschaft. Kollege Bläschke hat den Kollegen Schönckes, einiges über unser neu-erbautes Verbandshaus zu sagen. Dieser Aufforderung kam derselbe bereitwillig nach und führte uns vor Augen, wie unser Verband in 15-jähriger Tätigkeit nach schwerem Kampfe gewachsen ist. Auch gedachte er der Kollegen, welche mit Eifer hierzu beigetragen haben. Die Kollegen waren über die Darlegung recht begeistert. Auch unserer im Felde fehlenden Kollegen wurde in warmen Worten gedacht und hervorgehoben, dieselben, soweit es möglich sei, durch Zuführung von Erbsenbrot zu unterstützen. Die recht interessante Besprechung wurde gegen 2 Uhr geschlossen.

Aus dem Baugewerbe

Verhaftung. Am Donnerstag, den 10. Juni, verhaftete unser Kollege Alphon von Röll aus Kirchheim...

Kreis Kirchheim. Röll war in dem der Firma Polsmann u. Co., Kleinhammer, gehörigen Neubau beschäftigt. Als er mit dem Abmessen beschäftigt war, verlor er durch Abbröckeln von Steinen das Uebergewicht und fiel beim Fallen einen elektrischen Starkstromdraht an. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Gerichtliches

sk. Sperre und grober Unfug. Urteil des Kammergerichts vom 1. Februar 1915. Zwischen den im Zentralverbande organisierten Bäckergesellen und den Inhabern der beiden Großbäckereien E. G. und S. u. E. bestanden 1911 bis 1914 Tarifverträge, nach denen die Bäckereien ihren Gesellen in jeder Arbeitswoche einen



Es starben den Heldentod fürs Vaterland die Kollegen:

- Jos. Emontsgast.**
- Jacob Lausberg.**
- Anton Vorneweg.**
- Alloys Ruchenbuch.**
- Friedrich Reil.**
- Alloys Hagemann.**
- Heinrich Tren.**
- Jacob Vertsch.**
- Wilh. Schardt.**
- Georg Heun.**
- Joh. Daum.**
- Franz Büse.**
- Franz Müller.**
- Karl Wülfelsb.**
- Martin Gahemeier.**
- Aug. Kühne.**

Friedrich Kremer aus Eichenzell.
Wilh. Leinweber aus Mittelsalbach.
Karl Weber.
Karl Schöppner, beide aus Kommerz.
Hermann Nuth aus Rothemann.

Georg Zischer.
Johann Ziegelmeier.
Otto Rohl aus Veruterode (Eichsfeld).
Matth. Fidler.
Paul Rabach.
Joh. Nowak.

Wir werden das Andenken dieser Tapferen stets in Ehren halten.

Durch den Krieg wurden uns bisher 999 brave Kollegen entziffen.

Am 10. Juni starb infolge Unglücksfall unser Kollege **Alphon von Röll** aus Kirchheim.

Ehre seinem Andenken.

freien Tag oder eine freie Nacht zu gewähren hatten. Als am 1. Mai 1914 die Verträge infolge Kündigung durch die Arbeitgeber außer Kraft traten, legten die in beiden Großbäckereien und deren Filialen beschäftigten organisierten Gesellen die Arbeit nieder. Beide Firmen stellten nunmehr nichtorganisierte Bäcker ein und ließen diese sieben volle Schichten in der Woche durcharbeiten. Um die Inhaber zur Wiederaufnahme der Tarifverträge zu veranlassen, ließ der vom Zentralverband als Vertretungsmann bestellte Angeklagte zwei von ihm verfaßte Flugblätter drucken und durch Zettelverteilung in den Straßen Groß-Berlins verteilen, auch ein Plakat mit einem den Flugblättern gleichen Inhalts durch Zettelverteilung in einer Nacht Anfang Mai 1914 an eine Anzahl Häuser Groß-Berlins, darunter auch an dasjenige aufhellen, in welchem der eine der Firmen-Inhaber wohnte. Das erste Flugblatt trüft den organisierten Parteigenossen, das zweite den „Hausfrauen, Arbeitern und Bürgern“ die Unterwerfung, die über beide Bäckereibetriebe verhängte Sperre und deren Gründe mit; das zweite sagt die Unmöglichkeit heraus, in beiden Bäckereien nicht mehr zu kochen. Beide Flugblätter enthalten außerdem

Das Landgericht verurteilte den Angeklagten wegen groben Unfugs. Seine Revision hatte Erfolg. Das Kammergericht bezeichnete die Annahme des Landgerichts, durch das Verteilen und Aufkleben von Zetteln der Bestand der öffentlichen Ordnung in einer unannehmlichen Weise erheblich gestört und verletzt worden, als jeder tatsächlichen Unterlage mangelnd. Das bloße Verteilen und Aufkleben von Zetteln, welche Beleidigungen von Privatpersonen enthalten, sei an sich weder eine Verletzung noch eine Gefährdung des äußeren Bestandes der öffentlichen Ordnung. Es könne nur unter Umständen zu einer solchen Verletzung begleitet werden, oder nach den besonderen örtlichen Verhältnissen der Stellen, wo verteilt oder angeklebt die Gefahr vorliegt, daß Menschenansammlungen oder Streitigkeiten entstehen.

Das Landgericht führt weiter aus, daß durch das Verteilen und Aufkleben des Publikums in seiner unbestimmten Allgemeinheit, insbesondere sofern es aus Gewerbetreibenden bestehe, die selbst Angestellte in ihrem Betriebe beschäftigen, eine unmittelbare nicht unerhebliche Gefährdung insofern erfahren habe, als es sich in seiner eigenen Sicherheit vor Berufserklärungen ähnlicher Art beeinträchtigt fühlen mußte. — Auch diese Annahme unzutreffend. Eine unmittelbare Gefährdung des Publikums könne nur dann vorliegen, wenn es die betreffende Handlung wahrzunehmen, nicht wenn sie von Dritten erfahren habe; nach dieser Richtung sei hier jeder Anhalt. Aber die festgestellte Gefährdung ist auch deshalb nur eine mittelbare, weil sie nicht durch die Handlung selbst, sondern erst durch die darauffolgende Erwägung der betreffenden Gewerbetreibenden entstanden sei, daß möglicherweise zwischen ihnen und ihren Angestellten solche Streitigkeiten ausbrechen und gegen sie dann möglicherweise Berufserklärungen ähnlicher Art ergehen könnten. Diese Berufserklärung der Gewerbetreibenden sei daher nur eine nicht unter § 360, 11 fallende Folgerichtigkeit der gegen die Bäckerei-Inhaber gerichteten Handlungen. Es müsse deshalb geprüft werden, ob die Tätigkeit des Angeklagten geeignet sei, das Publikum in anderer Weise unmittelbar zu belästigen. Liege grober Unfug nicht vor, so noch zu untersuchen, ob Angeklagter sich nicht nach § 2 des preussischen Pressegesezes strafbar gemacht habe (Altenszeichen I. B. 5/15.) (Verf. „Deutschl. Strafrechtzeitung“ Jahrgg. 1915 Sp. 262/3.)

Bekanntmachung

Verwaltungsstelle Augsburg.

Ausschneiden! **Aufbewahren!**
Am 25. Juni befindet sich unser Verbandsbureau Obstmarkt D 71 I. Telephonruf 2637. Bureaustunden werktags von abends 6-1/2 Uhr, Sonntags vorm. von 10-12 Uhr. Karten- und Zeitungsabgabe an die Kassierer Samstags ab 6 Uhr. Ab- und Zureisende, Arbeitslose melden sich unter Tag im Karteibureau.

Gemeinnützige

Deutsche Volksversicherung

Wer

Frau u. Kinder für seinen Todesfall schützen und sich für sein Alter, oder für die Ausbildung, Aussteuer oder den Sterbefall seiner Kinder

ein Kapital bis zu 2000 M.

sichern will, wähle die besonders günstigen Tarife unserer gemeinnützigen Volksversicherung.

Alle Gewinne fließen den Versicherten zu.

Zentralverband christl. Bauarbeiter Deutschlands

Auftrag erteilen an:
Generalsekretariat der Christl. Gewerkschaften
Eln a. Rhein, Westerb. Wall 9